

P/XVII/192

Bonn, den 20. September 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Um Volk und Staat verdient gemacht ----- Zum 75. Geburtstag von Wilhelm Högnér, bayerischer Ministerpräsident a.D. Von Waldemar von Knoeringen	78
3 - 4	Die große Wende ----- Zum Abschluß der Commonwealth-Konferenz in London	61
5 - 5a	Der Appell ----- Zur Erklärung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie	50
6	"Partner des Fortschritts: Afrika" ----- Neues Gesicht der Industrie-Ausstellung am Funkturm	50

Chefredakteur Günter Markscheffel
(z. Zt. abwesend)
Verantwortlich: Albert Exler

Im Volk und Staat verdient gemacht

Zum 75. Geburtstag von Wilhelm Högner,
bayerischer Ministerpräsident, a.D.
Von Waldemar von Knoeringen

Am 6. Juli 1907 schreibt der 19jährige Abiturient des Gymnasiums in Riem bei München, Wilhelm Högner, einen Brief an den führenden Sozialdemokraten Georg von Vollmar. Dieser Brief ist uns in Vollmars Nachlass erhalten geblieben. Er gehört heute zu den großen menschlichen Dokumenten der bayerischen Sozialdemokratie. In ihm schreibt der junge Student, daß er seinen Lebenszweck darin sieht, für das wirkliche Wohl der notleidenden Mitbürger einzutreten, die Ungerechtigkeit aus der Welt zu verbannen und zu streiten in den Reihen der ersten Kulturmacht, der Internationalen Sozialdemokratie. Was der 19jährige dem führenden Sozialdemokraten Georg von Vollmar versprach, das hat der heute 75jährige gehalten. Der spätere Staatsrat, der Ministerpräsident, der Schöpfer der bayerischen Verfassung, der Professor an der Universität München, hat in einem Leben sein jugendliches Bekenntnis wahrgemacht.

Der Weg Wilhelm Högners führt über Höhen und Tiefen, Erfolg und Erniedrigung lagen nebeneinander. Viele Prüfungen hatte er zu bestehen, und oft war er vor die Entscheidung gestellt, seiner Überzeugung große persönliche Opfer zu bringen oder den äußeren Erfolg und das Wohlergehen durch Mitläufertum zu erkaufen. Er hat sich immer für das Bekenntnis zur Sozialdemokratie entschieden. Überblicken wir die wichtigsten Stellen seines Lebensweges:

Der Student, der sich durch seinen Fleiß und seine Leistung als Eisenbahnbeamter durchsetzt, und der als Landtagsstenograph sein Brot verdient; der junge Staatsanwalt, der leidenschaftlich für die Gerechtigkeit kämpft; der Politiker, der sich in das Getümmel der Auseinandersetzung nach 1919 stürzt und dessen scharfes Wort in vielen Massenkundgebungen in ganz Deutschland zu hören war, als es darum ging, der braunen Flut des Faschismus entgegenzutreten; der bayerische Abgeordnete, dessen scharfe Anklagen im Untersuchungsausschuss gegen die Untriebe des Nationalsozialismus das wahre Gesicht der Feinde der Demokratie enthüllen; der Reichstagsabgeordnete, der wie durch ein Wunder der

nationalsozialistischen Verfolgung durch die Flucht über das Karwendel entgeht und damit den Weg in das Exil antritt und zuerst in Österreich in enger Verbindung mit der österreichischen Bruderpartei und dann als Übersetzer, der in der Schweiz ehrlich und mühsam die Mittel für die bescheidene Existenz seiner Familie erarbeitet und sich dabei vorbereitet auf jenes Bayern, das nach der nationalsozialistischen Katastrophe kommen wird.

Im Juni 1945 kehrt er mit zwei Koffern nach München zurück, um zwischen Trümmerbergen, am Neubeginn des demokratischen Bayern mitzuwirken. Es folgen die bitteren Jahre der Besatzungszeit und die Arbeit an einer Landesverfassung, die heute als die demokratischste aller Länder der Bundesrepublik bezeichnet werden kann. Sein Mitwirken in verschiedenen Regierungen als Justizminister, als Innenminister und schließlich drei Jahre als Ministerpräsident, sind heute bayerische Geschichte.

Wir sehen aber auch Wilhelm Högner, den Bayern, der seine Heimat liebt und der es nie lange ausserhalb der bayerischen Grenzen aushält; der die Geschichte unseres Landes kennt, als ob er ein Leben lang nichts anderes getan hätte, als ihrem Wandel durch die Jahrhunderte nachzuspüren.

Seit Jahren gehen wir nun mit ihm, arbeiten mit ihm, diskutieren mit ihm über die neuen Aufgaben und teilen uns mit ihm in die Verantwortung für die Politik der Sozialdemokratischen Partei in diesem Lande. Wir verehren ihn nicht nur als einen der bedeutendsten Staatsmänner, den die Sozialdemokratie hervorgebracht hat, sondern auch als den stets bescheidenen, anspruchslosen Menschen.

Neben all dem ist er einer der Pflichtbewusstesten in unseren Reihen. Auch als Ministerpräsident hat er keine Sitzung der Landtagsfraktion versäumt. Immer war er pünktlich zugegen. Kein Ruf der Partei, dem er nicht folgte.

Dr. Wilhelm Högner ist der Repräsentant einer Politik, die Bayern den Weg in die Zukunft ebnet. All das Lob, das ihm an seinem 75. Geburtstag gesendet wird - auch über die Grenzen Bayerns hinaus - empfinden wir gleichfalls als ein Lob für die Sozialdemokratie, denn in ihr und durch die enge Bindung an sie ist er zum Staatsmann herangewachsen. Wenn er heute als Führer der sozialdemokratischen Fraktion im bayerischen Landtag in der vordersten Reihe der bayerischen Politiker steht, so dient er seiner Partei und damit dem bayerischen Volk mit einer Fülle von Lebenserfahrung, politischem Wissen und persönlicher Autorität.

Wir können nur hoffen, daß Dr. Wilhelm Högner auch weiterhin in dieser vordersten Linie steht und daß ihm seine bewundernswerte Gesundheit, seine Leistungsfähigkeit und sein Temperament noch lange erhalten bleiben.

An diesem 75. Geburtstag danken wir ihm für seine Leistung und für seine Treue. Dr. Wilhelm Högner hat sich wie keiner von uns um Volk und Staat und um die Sozialdemokratie verdient gemacht.

Die große Wende

Zum Abschluß der Commonwealth-Konferenz in London

E.D. - Großbritannien hat grünes Licht für seine Verhandlungen mit der EWG von den Mitgliedstaaten des Commonwealth erhalten. Das ist das Ergebnis der über zehn Tage andauernden Konferenz der Ministerpräsidenten des Commonwealth in London. Das Abschlußkommunique der Konferenz zeigt deutlich, daß der britische Ministerpräsident MacMillan seine Europapolitik mit ziemlich gutem Erfolg den Kollegen aus dem Commonwealth vortragen konnte; damit aber ist die Diskussion über den Beitritt Großbritanniens zur EWG in ein neues und hoffnungsvolles Stadium getreten.

Ohne Zweifel werden die letzten zehn Tage in die Geschichte des Commonwealth eingehen. Von nun an kann Großbritannien seine Rolle in der gesamteuropäischen Politik sehr viel besser bestimmen ohne daß die Bindungen wirtschaftlicher und politischer Art zu den Mitgliedstaaten des Commonwealth abgebrochen werden. Es liegt klar auf der Hand, daß es noch eine Reihe von Problemen zu bewältigen gibt, ehe das Commonwealth seine uneingeschränkte Zustimmung zu einer Assoziation seiner Mitglieder mit der EWG geben wird. Nichtsdestoweniger haben die Verhandlungen in London gezeigt, daß die Ministerpräsidenten des Commonwealth sich keineswegs den Argumenten MacMillans so verschlossen haben, wie es vor Beginn der Konferenz der Anschein hatte.

Großbritannien hat in London durch seine Verhandlungsführung mit dem Commonwealth ein Höchstmaß an gutem Willen gezeigt, die wirtschaftliche und politische Einigung Europas aktiv zu fördern. Zugleich aber hat der britische Ministerpräsident ein Votum für die Zukunft abgegeben, und dies in einer Art und Weise, wie man es noch vor Jahren von einem britischen Regierungschef nicht für möglich gehalten hätte. Nun liegt es an den Mitgliedern der EWG, die Bereitschaft Großbritanniens so zu honorieren, daß es dem Geist und der Absicht des britischen Willens entspricht. Wir alle müssen begreifen,

daß eine Mitgliedschaft Großbritanniens in der EWG mehr ist als nur die Anknüpfung engerer wirtschaftlicher Beziehungen. Wir müssen lernen, zu verstehen, daß die Verankerung Großbritanniens in Europa eine wirkungsvolle Festigung der westlichen Zusammenarbeit ist und ungeahnte Perspektiven für die Welt von morgen eröffnet. Der amerikanische Präsident Kennedy hat in seiner Rede vom 4. Juli dieses Jahres die Bedeutung des Beitritts Englands zur EWG dadurch unterstrichen, daß er die Vereinigten Staaten von Amerika im Falle eines Beitritts Großbritanniens zur Zusammenarbeit mit der vergrößerten EWG verpflichtete.

Alle Freunde eines geeinten und seiner inneren Struktur nach auf den politischen und sozialen Fortschritt ausgerichteten Europa wissen die Haltung Kennedys und das politische Bestreben MacMillans zu würdigen. Insbesondere die europäischen Sozialdemokraten haben die bedeutsame historische Wende erkannt, ja sie selbst haben durch ihre unablässigen Anstrengungen ein Vielfaches dazu beigetragen, daß der jetzige Stand der europäischen Einigung erreicht werden konnte.

Das Abschlußkommunique von London gibt die Möglichkeit - und dies sollte auch von den Mitgliedern der EWG erkannt werden - die noch bestehenden Schwierigkeiten in vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen der EWG und Großbritannien zu lösen. Dabei müßte es sehr viel deutlicher gemacht worden als bisher, daß ein wirtschaftlich und auch politisch geeintes Europa der beste Partner der Entwicklungsländer sein kann. Wenn man die Sorgen begreift, die viele Politiker in den Entwicklungsländern verständlicherweise haben, so sollte das freie Europa und seine wirtschaftlichen und politischen Zusammenschlüsse die echte partnerschaftliche Verbindung zu Asien und Afrika suchen und finden. Dies kann und wird gelingen, wenn alle Beteiligten bereit sind, den anderen anzuhören und ihm zu helfen. Die europäischen Sozialdemokraten haben stets die römischen Verträge in diesem Sinne ausgelegt und verstanden.

Der Appell

Zur Erklärung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie

Der Vorstand und Präsidium des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) haben in einer einstimmig gefassten "Stellungnahme zur Wirtschaftslage" die Entschlossenheit der Industrie bekundet, zur Sicherung von Kaufkraft und Währung das Preisniveau der industriellen Erzeugnisse stabil zu halten. Welch lobenswerter Entschluß, Welch lobenswertes Beginnen! In der Öffentlichkeit hat der Appell gesehnte Aufnahme gefunden. Die Regierungsparteien sehen in ihm eine Bestätigung der Bemühungen des Bundeswirtschaftsministers Erhard - von solchen Bemühungen war kaum etwas zu spüren - um die Gesunderhaltung der deutschen Wirtschaft. Bei der parlamentarischen Opposition und bei den Gewerkschaften stieß er auf begründete Skepsis und Zweifel. Ähnliche Appelle - man denke nur an die Maßhaltbeauftrufe des Vizekanzlers - sind schon in früheren Jahren in die Öffentlichkeit gegangen, ihre Wirkung war gleich null. Der Verdacht läßt sich nicht ganz bestreiten, daß der Zeitpunkt dieses Appells mit Blick auf die bevorstehenden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, Hessen und Bayern gewählt wurde. Die Bundesregierung und die sie stützenden Kräfte mächtiger Interessentengruppen haben Anlass, über den Ausgang der Landtagswahlen besorgt zu sein.

Hätten die Spitzenverbände der deutschen Industrie ihre Empfehlung mit der Ankündigung von Preissenkungen für jene Waren verbunden, für die überhöhte Preise bezahlt werden, wäre damit eine unmittelbare und wohltuende Wirkung erzielt worden. Der strapazierte bundesrepublikanische Bürger vermisst in dem Appell den Hinweis auf Bildung eines Preisrates, den nun selbst die CDU/CSU wünscht, er hört auch nichts von einem etwaigen Bestreben, die Autorität des Bundeskartellamtes zu stärken. Eine gründliche Untersuchung jener Wirtschaftsfragen, in denen die Gefahr der Vorherrschaft mächtiger Großunternehmen besteht, durch eine unabhängige Monopolkommission würde manche Auswüchse wilden Preisgebarens sichtbar werden lassen - aber die Spitzenver-

bände der Deutschen Industrie hüten sich, ein für sie so heißes Eisen anzufassen. Sie sagen: Wir behalten, was wir haben und ihr - die Gewerkschaften - müßt als Gegenleistung dafür auf den weiteren sozialen Fortschritt verzichten.

Das ist ein ziemlich einseitiges Angebot. Solche Art von Partnerschaft kann in der sozialen Wirklichkeit von heute gewiss nicht gut funktionieren. Sie trägt auch nicht zur Versachlichung der wirtschaftspolitischen Diskussion bei. Gerade diese brauchen wir, um einer Entwicklung zu steuern, die zur Verschärfung des Sozialklimas in der Bundesrepublik führt. Warum suchen die Spitzenverbände und die Bundesregierung nicht das Gespräch mit den Gewerkschaften? Kein einziger Bundesminister ließ sich auf dem diesjährigen Kongress der Metallarbeiter, der Bergarbeiter und der Indu-
striegewerkschaft Nahrung, Genuss und Gaststätten sehen. Teile der Regierungskoalition versuchten statt dessen eine anti-gewerkschaftliche Grundstimmung zu erzeugen, auf deren Wogen die Scharfrichter segeln. Erhard hat es nicht einmal für nötig gefunden, Briefe des DGB zu beantworten, und Arbeitsminister Blank führte Gespräche über die Krankenversicherungsreform, ohne die Freien Gewerkschaften zu beiziehen. Und wie man mit den Beamten verfährt, ist nicht gerade ein Musterbeispiel guten Verhaltens eines vorbildlichen Arbeitgebers.

Dem Appell der Spitzenverbände der Deutschen Industrie und ihrer Förderer im Regierungslager, fehlt die Überzeugungskraft. Wir brauchen keine Worte, wohl aber richtunggebende Beispiele. Diese gibt es nicht. Eine Konsolidierung der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik ist von diesem Appell, sofern ihm nicht gesetzgeberische Maßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik unter dem Gesichtspunkt der Verantwortung für das Ganze folgen, nicht zu erwarten. Er bleibt ein Schlag in unruhige Gewässer.

"Partner des Fortschritts: Afrika"

R.M. - Die deutsche Industrie-Ausstellung Berlin 1962, die vom 22. September bis 7. Oktober in allen Hallen am Funkturm stattfindet, wird in diesem Jahr ein neues Gesicht erhalten und unter ein Grundthema gestellt, und zwar "Partner des Fortschritts". Die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den aufstrebenden Nationen der Welt soll in einer großen Sonderschau zur Darstellung kommen. Im Gang der Planungen hat es sich als zweckmäßig erwiesen, die erste Ausstellung dieser Art in Deutschland auf e i n e n Kontinent zu begrenzen, und zwar auf Afrika als ersten, dessen politische und wirtschaftliche Entwicklung die nächsten Jahre entscheidend bestimmen wird.

Systematisch kommt der ganze Kontinent zur Darstellung, um das Ziel der partnerschaftlichen Zusammenarbeit, nämlich die Probleme der neuen Länder gemeinsam zu lösen, klar vor Augen zu führen. Was haben die Länder Afrikas anzubieten, worin bestand bislang die deutsche Entwicklungshilfe für diesen Erdteil, und was muß noch geschehen und was ist geplant. Das sind Fragen und Probleme, die die Ausstellung zu beantworten sucht.

Das Modell für diese Afrika-Schau, die das Zentrum der ganzen Ausstellung sein wird, entwirft Architekt Fritz Bornemann, der Erbauer der Deutschen Oper und des neuen Volksbühentheaters. Die Mitte der großen Halle Berlin nimmt auf einer Plattform von 50 x 50 m mit 900 Sitzplätzen ein Amphitheater ein, dessen Boden eine von unten angeleuchtete Milchglasplatte in den Umrissen Afrikas ist, das sogenannte "Afrikarama". Die Besucher sehen die riesige Landkarte Afrikas, auf der zahlreiche Lämpchen die Ländergrenzen markieren, zu ihren Füßen. Lichtbilder auf Leinwandflächen und Tonbänder geben dazu die nötigen Erklärungen. Die ganze Halle wird abgedunkelt. Eine besondere "Lichtregie" führt die Besucher.

Im weiteren Raum der Halle wird das reichgegliederte Warenangebot der afrikanischen Länder, sowohl Rohstoffe wie Halb- und Fertigfabrikate zu sehen sein. Demgegenüber steht das systematisch gegliederte Angebot der deutschen Wirtschaft, verbunden mit einer Modellschau deutscher Großprojekte in Afrika, die auch zugleich einen Überblick über die Pläne der nächsten Zukunft gibt. Ein Afrika-Restaurant bietet bei Jazzklängen afrikanische Nationalgerichte an.

Diese Fachschau des schwarzen Erdteils wird das Kernstück der ganzen Ausstellung und ihr besonderer Anziehungspunkt sein. In der Halle Saarland zeigt Amerika eine Übersicht über die Rationalisierung und Automation in der dortigen Industrie. Etwa hundertdeutsche Hersteller von Werkzeugmaschinen werden sich zum ersten Mal zu einer umfassenden Gemeinschaftsschau in Berlin vereinigen. Die deutsche Automobilindustrie, Funk-, Fernseh- und Plattenindustrie, Elektrowirtschaft, Gas, Wasser, Bergbau, Chemie, Holz, Kautschuk, Keramik und Porzellan, das alles wird wieder auf der Ausstellung zu finden sein.

Erfüllt sich die Erwartung, die man an diese Afrika-Schau knüpft, so ist geplant, in den nächsten Jahren Asien und Lateinamerika einzuladen und in ähnlicher Weise vor Augen zu führen.